



## WEICHENSTELLUNG FÜR ÖSTERREICH

Der „Fahrplan der  
Industrie“ weist den  
Weg aus der Rezession

Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M

Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



### FORSCHUNG & INNOVATION

ÖAW-Präsident Heinz Faßmann  
im Interview

Seite 5



### KÄRNTEN

Jüngste Konjunkturmfrage  
ernüchternd

Seite 10

### IV-ZUKUNFTSMONITOR

Vertrauen in Industrie und  
Unternehmen hoch

Seite 4

# EU-Sonderzölle auf E-Autos aus China

Ende Oktober wird mit den finalen Ergebnissen der Anti-Subventionsuntersuchung sowie einem entsprechenden Vorschlag für endgültige Sonderzölle gerechnet. Welche Effekte hätten diese Zölle?

Die Europäische Kommission hat im Oktober 2023 aufgrund des Verdachts auf wettbewerbsverzerrende Subventionen ein Verfahren gegen Elektrofahrzeuge aus China eingeleitet.

Innerhalb Europas unterstützt vor allem Frankreich die Maßnahmen, während Deutschland skeptisch bleibt. Deutsche Autobauer haben sich weitgehend gegen neue Zölle ausgesprochen; aufgrund der befürchteten Gegenreaktion Chinas. Auch Österreich warnte vor einer drohenden Vergeltungsspirale.

## Internationaler Vergleich

Die USA haben zuletzt ihre Zölle auf chinesische Elektroautos von 25 Prozent auf 100 Prozent erhöht und heben Zusatzzölle unter anderem auch auf Stahl- und Aluminiumprodukte sowie Halbleiter ein. Auch Kanada zog mit einem Zollsatz von 100 Prozent auf chinesische Elektroautos sowie 25 Prozent auf Stahl- und Aluminiumprodukte aus China nach.

## Preissteigerung erwartet

Das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO schätzt in einer aktuellen Studie eine langfristig geringfügige Preissteigerung in der EU durch Sonderzölle um durchschnittlich 0,3–0,9 Prozent. Kurzfristig wären jedoch größere Effekte zu erwarten. Insgesamt rechnen Expertinnen und Experten mit einem Rückgang der Kfz-Einfuhren aus China um 42 Prozent. Die Produktion in der EU könnte der Studie zufolge leicht steigen: Es wird mit einer Erhöhung der Wertschöpfung um 0,4 Prozent gerechnet.<sup>1</sup> 2023 wurden noch 500.000 E-Autos aus China in die EU importiert.



## EU-Mitgliedstaaten entscheiden

Die Europäische Kommission wird den Mitgliedstaaten voraussichtlich Ende Oktober 2024 die finalen Ergebnisse der Anti-Subventionsuntersuchung sowie den entsprechenden Vorschlag für endgültige Sonderzölle vorlegen. Die Mitgliedstaaten entscheiden dann über die Einführung mit qualifizierter Mehrheit. Die Zusatzzölle könnten folgend

ab Herbst 2024 vorerst für eine Dauer von fünf Jahren gelten. Aktuell beträgt der reguläre Zollsatz auf Kraftfahrzeugimporte dieser Kategorie zehn Prozent, Strafzölle würden nun zusätzlich zu diesem Satz auferlegt werden.

Konkret könnten einer ersten Mitteilung über den Untersuchungsabschluss zufolge endgültige Zölle zwischen 17 Prozent

und 36,3 Prozent fixiert werden. BMW und Volkswagen würden damit beispielsweise einen Zollsatz von 21,3 Prozent bezahlen, Tesla allerdings nur mehr neun Prozent.

<sup>1</sup> Studie: „Kiel Policy Brief: Time to be Open, Sustainable, and Assertive: Tariffs on Chinese BEVs and retaliatory measures“ (IFW Kiel, WIFO, FIW, ASCII; Juli 2024).

## Expertenmeinung von DIETER DREXEL

# Nationaler Energie- und Klimaplan (NEKP): Selbstverpflichtung als Hypothek für den Standort?

Eine der letzten Aktivitäten der Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode war die Übermittlung des NEKP-Entwurfs an die EU-Kommission. Der NEKP, eine Art gesammelte Werke zur Energie- und Klimapolitik eines Landes, soll gegenüber der EU-Kommission die Ernsthaftigkeit belegen, mit der ein Mitgliedsstaat sein jeweiliges Klimaziel bis zum Jahr 2030 verfolgt.

Für Österreich liegt dieses Ziel bei minus 48 % gegenüber dem Basisjahr 2005. Über die Aussichten Österreichs, dieses Ziel zu erreichen, lässt sich trefflich streiten, immerhin hat bis vor Kurzem eine Lücke von 13 Prozentpunkten zwi-

schen sämtlichen auf mehreren Hundert Seiten im NEKP aufgelisteten Maßnahmen und dem genannten Ziel von 48 % geklafft. Über den Sommer konnte diese Lücke vermeintlich geschlossen werden, insbesondere mit der mittlerweile breit kolportierten Maßnahme, die „klimaschädlichen Subventionen“ abschaffen zu wollen. Eine solche Maßnahme hätte zweifelsohne eine relevante Wirkung auf die Emissionen unseres Landes, allerdings wohl auch auf den finanziellen Spielraum von Menschen und Unternehmen, denn solche sogenannten „klimaschädlichen Subventionen“ sind prominente Instrumente (wirtschafts-)politischer Gestaltung. Je nach Quelle sind solche vermeintlichen „Subven-

tionen“ das Dieselprivileg, die Pendlerpauschale, die Steuerfreiheit von Flugbenzin, die Dienstwagenbesteuerung, freie Zertifikate im Emissionshandel, die Energiesteuerrückerstattung für energieintensive Unternehmen u. a. m. Diese Liste kennend verwundert es auch nicht, dass die Interpretation der Verbindlichkeit des sommerlichen Lückenschlusses der oben genannten 13 Prozentpunkte selbst innerhalb der Bundesregierung unterschiedlich ausfällt.

Während die Grünen mit der NEKP-Einigung bereits einen Gutteil der genannten Themen erledigt wissen wollen, sieht die ÖVP erst den Beginn eines Prozesses zur näheren Definition „klimaschäd-



Dieter Drexel, stv. Bereichsleiter Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie, Umwelt; Industriellenvereinigung.

licher Subventionen“. Was dies für die Ernsthaftigkeit bedeutet, mit der unser österreichischer, nun in Brüssel liegender NEKP die Zielerreichung bis 2030 unterlegt, soll an dieser Stelle ebenso wenig diskutiert werden wie die Plausibilität der politischen Zielsetzung, gerade einmal zehn Jahre später, nämlich bis 2040, als Volkswirtschaft gänzlich klimaneutral sein zu wollen.



# Endlich raus aus der Rezession!

Österreich muss die Weichen neu stellen: Weg vom Vollkasko-Staat, hin zu Eigeninitiative und Risikobereitschaft. Weg vom völlig reaktionären Belastungsmantra, hin zu Fortschritt, Innovation und Leistung – nur das schafft neuen Wohlstand.



W er die aktuelle Realität in der österreichischen Wirtschaft kennt, war nicht überrascht: die österreichische Nationalbank senkte Mitte September die Wachstumsprognosen für 2024 und 2025 drastisch. 2024 ist ein weiteres Rezessionsjahr.

Umso mehr wird die anstehende Nationalratswahl für Österreich zu einer Richtungsentscheidung: Wollen wir die Weichen Richtung Zukunft und Aufschwung stellen oder biegen wir ab in eine Welt der Steuererhöhungen, weniger Leistung und weiterer Aufblähung des schuldenfinanzierten Sozialstaats inklusive Unternehmensvertreibungsprogramms? Wann, wenn nicht jetzt – im dritten Jahr der Wirtschaftsschrumpfung – muss es in diesem Land ein Zurückbesinnen auf offenbar vergessene Tugenden geben. Wir müssen weg vom Vollkasko-Staat,

der Eigeninitiative und Risikobereitschaft hemmt. Wir sollten stolz auf unsere verantwortungsvolle Wirtschaft und Industrie sein und sie fördern, anstatt sie zu diffamieren und zu vertreiben. Treten wir dem gelebten Unternehmer-Bashing entschieden entgegen!

Wir brauchen Wachstum, um uns sozialen und ökologischen Herausforderungen stellen zu können, und nicht immer höhere Sozialausgaben auf Pump. Angesichts eines Staatshaushaltes, der an der Grenze zum EU-Defizitverfahren kratzt, ist dies umso dringlicher. Wir müssen mit dem Missverständnis aufräumen, dass eine Ausweitung des Sozialstaats zu mehr Wohlstand führt. Im Gegenteil, das kann nur mit diesem Rezept gelingen: Fortschritt, Innovation und Leistung schaffen Wohlstand. Diese Werte sind es, für die auch die heimische Industrie mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht.

Entscheiden wir uns am 29. September für eine ehrliche Entlastung bei Steuern und Bürokratie. Wählen wir Offenheit in den Bereichen Technologieentwicklung und Welthandel. Wählen wir eine grüne Transformation, die im Sinne eines Wachstumsdeals auf die Chancen ausgerichtet ist. Entscheiden wir uns für einen effizienten Staat, der es arbeitenden Menschen ermöglicht, sich etwas aufzubauen.

Beunruhigend für den Sozialstaat ist hingegen, dass die Gruppe der Einkommensteuer-Zahler schrumpft. Vor 20 Jahren hatte die Gruppe derjenigen, die KEINE Einkommensteuer bezahlen, lediglich einen Anteil von rund einem Viertel, nun ist diese Zahl auf rund 34 Prozent angewachsen. Immer weniger arbeitende Menschen finanzieren dieses System. Ein Umstand, der uns bei den Pensionen längst auf den Kopf fällt.

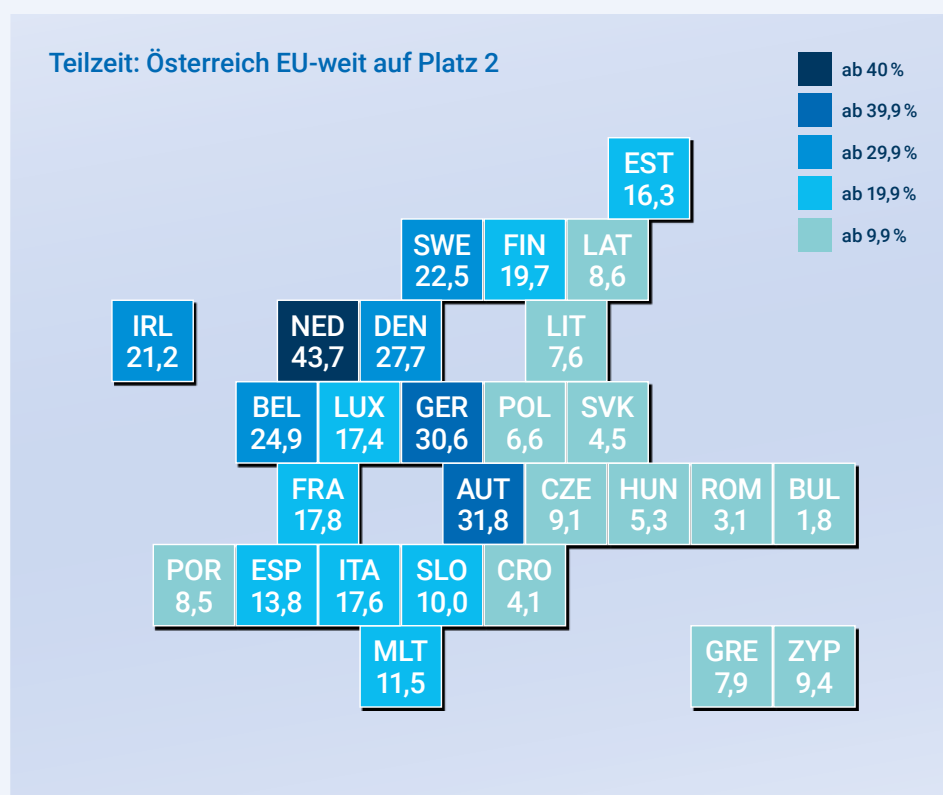
Wir als Industriellenvereinigung haben einen Fahrplan ausgearbeitet, der einen Weg aus dem wirtschaftlichen Schlammloch weist (siehe Seiten 6-7). Dieser steinige Weg führt vorbei an so mancher unpopulären Maßnahme, ist aber alternativlos. Wir müssen das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft jetzt stärken und den Weg Richtung Zukunft und Aufschwung ebnen.

Ihr

Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär

## Grafik des Monats

Österreich hat beim Anteil der Teilzeit-Arbeitsverhältnisse einen zweifelhaften Stockerlplatz in der Europäischen Union: 31,8 Prozent aller Beschäftigten arbeiteten im 1. Quartal 2024 in Österreich in Teilzeit – nur in den Niederlanden ist dieser Anteil mit 43,7 Prozent noch höher; am dritten Platz steht Deutschland mit 30,6 Prozent. Vor allem in den osteuropäischen Mitgliedsländern ist die Teilzeitquote viel niedriger, in Bulgarien sind es nur 1,8 Prozent. Für Österreich liegen auch bereits die Zahlen für das zweite Quartal 2024 vor: Laut Statistik Austria arbeiteten von April bis Juni 51,6 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in Teilzeit, bei den Männern waren es 13,9 Prozent. Vor 30 Jahren lag die Frauen-Teilzeitquote hierzulande nur bei 26 Prozent, bei Männern bei vier Prozent. Angesichts des jetzt bereits erheblichen Fach- und Arbeitskräftemangels wäre eine Senkung der Teilzeitquote enorm wichtig, um Arbeitskräftepotenziale zu heben. Dafür müssen aber entsprechende Reformen umgesetzt werden.



## Zahl des Monats

# 210.000

Das ist die Anzahl der aktuell in Österreich fehlenden Fach- und Arbeitskräfte laut einem aktuellen Bericht des Wirtschaftsministeriums an das Parlament. Die demografische Entwicklung wird allerdings dafür sorgen, dass diese Zahl in den nächsten zehn bis zwölf Jahren auf rund 540.000 ansteigen wird. Die Jahrgänge der Babyboomer-Generation, die jetzt in Pension gehen, sind größer als jene Jahrgänge, die im erwerbsfähigen Alter sind bzw. jetzt nachrücken. Gemäß der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria wird die erwerbsfähige Bevölkerung wohl bereits heuer erstmals nicht mehr zunehmen und von 5,54 Millionen Menschen bis zum Jahr 2035 auf 5,3 Millionen abnehmen.

## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at  
 Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte, Nermina Tičević, Simon Kampfl.  
 Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek, Sabine Till.

Grafik: Nicola Skalé, Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Media Apparat bzw. Österreichische Akademie der Wissenschaften, IV-Burgenland/Adobe Stock, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Adobe Stock, IV-OÖ, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/iStock, IV-Tirol/Frischauf, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Wirtschaftsagentur Wien

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





# IV-Zukunftsmonitor – Österreich 2024

Nur ein Viertel der Befragten ist mit dem politischen System zufrieden. Die Mehrheit spricht sich für Zuwanderung gegen den Fachkräftemangel aus. Das Vertrauen in Industrie und Unternehmen ist weiterhin hoch.

Der IV-Zukunftsmonitor ist ein mit dem Institut für empirische Sozialforschung (IFES) durchgeführter sozialwissenschaftlicher Indikator und liefert seit 2019 umfassende empirische Daten über den aktuellen und künftigen Zustand der österreichischen Gesellschaft. Die Erkenntnisse des IV-Zukunftsmonitors sollen dazu beitragen, die Lebenssituation der Menschen im Land und ihre Erwartungen an die Zukunft (besser) zu verstehen. Das unterstützt Unternehmen bei der Planung der Zukunft und die Politik bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Auftaktveranstaltung zur Präsentation der Ergebnisse des IV-Zukunftsmonitors 2024 fand am 9. September im Haus der Industrie mit anschließender Podiumsdiskussion statt. Das mit Petra Draxl (AMS), Georg Feith (CAG Holding GmbH), Judith Kohlenberger (WU Wien) und Kathrin Stainer-Hämmerle (FH Kärnten) hochkarätig besetzte Expertenpodium zeigte mit Moderator Markus Hengstschläger (Meduni Wien) klar: Es besteht dringender politischer Handlungsbedarf, um dem Fachkräftemangel in Österreich wirkungsvoll entgegenzutreten. Migration spielt dabei eine maßgebliche Rolle, ist die Geburtenbilanz ab 2030 doch kontinuierlich negativ. IV-Generalsekretär Christoph Neumayer betonte in seiner Eingangsrede, dass ohne Zuzug aus dem Ausland der steigende Arbeitskräftebedarf (540.000 in den nächsten zwölf Jahren) nicht zu stemmen sein wird. Hierfür bedarf es einer umfassenden Migrationsstrategie, die eine erfolgreiche Integration der ausländischen Arbeits- bzw. Fachkräfte und ihrer Familien gewährleistet. Mehr als die Hälfte der Befragten des



Der IV-Zukunftsmonitor wurde im Rahmen der Präsentation im Haus der Industrie von Experten diskutiert.

IV-Zukunftsmonitors erkennt die Notwendigkeit von Migration und stimmt Migration zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ausdrücklich zu.

Das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in eine positive Entwicklung des Landes sinkt jedoch zusehends: 68 % der Befragten glauben, dass Österreich sich in die falsche Richtung entwickelt. Trotz hohem Interesse an Politik ist fast die Hälfte der Befragten mit dem politischen System in Österreich derzeit nicht zufrieden. Positiv hervorzuheben ist das hohe Vertrauen in Unternehmen; sie belegen nach der Polizei Rang zwei im Vertrauensranking der Institutionen, noch

vor Justiz und Gerichten, die traditionell ein hohes Vertrauen genießen. 77 % der Befragten stimmen zu, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, und 68 % sind der Überzeugung, dass die Industrie der Motor der österreichischen Gesamtwirtschaft ist. Allerdings ist nur rund ein Drittel der Meinung, dass das wirtschaftliche und politische Klima in Österreich günstig für Unternehmensgründungen ist. In Bezug auf eine neue Regierung gilt daher der Appell, durch sachorientierte Politik die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um Unternehmertum zu fördern und das Vertrauen und die Zufriedenheit in der Bevölkerung mit dem politischen System zu steigern.



## WEBTIPP

Alle Ergebnisse des IV-Zukunftsmonitors: [www.zukunftsmonitor.at](http://www.zukunftsmonitor.at).

## Expertenmeinung von KARL FUCHS

# Breite Ablehnung von Steuer-Luftschlössern

Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass Vermögen- und Erbschaftsteuern in Österreich unpopulär sind. Die Befragten sind überzeugt, dass auch der Mittelstand betroffen wäre.



Die Fantasie manch wahlwerbender Gruppierung, wonach mit neuen Vermögen- und Erbschaftsteuern das Budget gerettet würde und damit auch noch Beliebtheits-Contests zu gewinnen seien, erweist sich als Luftschloss. Medienübergreifend wurde zuletzt etwa die SPÖ-Rechnung, wonach solche Steuern zahllose Wahlzuckerln finanzieren könnten, zerlegt. Nun weist eine neue Umfrage (Stichprobe: 800 Befragte/Schwankungsbreite: +/- 3,5%), die Meinungsforscher Peter Hajek im Auftrag des Aktienforums und der Industriellenvereinigung durchführte, nach, dass auch die Bevölkerung diese neuen Steuern rundweg ablehnt.

## Steuern fressen Wohlstand

So sehen laut der Umfrage 65 Prozent der Befragten die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch solche Steuern gefährdet, fast gleich viele (64%) sehen den heimischen Wohlstand bedroht. Neue Vermögen- und Erbschaftsteuern würden, so sagen es zudem 62 Prozent der Befragten, nicht nur „Superreiche“, sondern auch „den Mittelstand“ und heimische Familienbetriebe treffen. Willkürlichen Freigrenzen, die zur Besänftigung der Wählerschaft kommuniziert wurden, wird also kein Glauben geschenkt. Selbst die Hälfte der SPÖ-Wählerinnen und -Wähler ist der Meinung, dass der Mittelstand betroffen sein würde. Nicht umsonst wurden die damals bestehenden



Karl Fuchs, Wirtschafts-, Finanz- & Rechtspolitik, Unternehmensrecht; Geschäftsführer Aktienforum; Industriellenvereinigung.

Vermögenssteuern ja auch 1993 von einem SPÖ-Finanzminister abgeschafft. Konkret zu Erbschaftsteuern befragt halten 68 Prozent der Befragten diese für eine Form von „Doppelbesteuerung“ und lehnen diese ab. Vermögenssteuern halten 74 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher für eine „Schnüffelsteuer“. Bei den befragten SPÖ-Wählerinnen und -Wählern sind es noch immer 67 Prozent.



# Forschung und Innovation als „wesentliche Triebkräfte“

Heinz Faßmann ist seit 2022 Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und spricht im Interview über die Rolle der Grundlagenforschung und Möglichkeiten, Forschung und Innovation in Österreich und Europa zu stärken.



Heinz Faßmann ist Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

**Was sind aus Ihrer Sicht als Präsident der Akademie der Wissenschaften wichtige Weichenstellungen für die FTI-Politik Österreichs?**

**Heinz Faßmann:** In einem Land ohne nennenswerte Rohstoffe, aber mit hohen Löhnen, ausgebauten Sozialstandards und mit einer alternden Bevölkerung stellen Forschung und Innovation die wesentlichen Triebkräfte einer erfolgreichen Wirtschaft dar. Was sollte sonst den Erfolg auf den Märkten der Welt sicherstellen, als innovative Produkte, die besser sind als die der Konkurrenz? Daraus folgt ein klares Bekenntnis der Politik zu wachsenden Forschungsbudgets, aber auch zur langfristigen Absicherung derselben. Wir haben die 3% Forschungsquote erreicht, wir sollten für die kommenden Jahre 4% anvisieren; wir haben dreijährige Leistungsvereinbarungen erreicht, wir sollten diese um weitere drei Jahre erweitern. Wir können uns keine Zickzack-Politik leisten, wir brauchen Strategie und langfristige Planungssicherheit.

**Was braucht eine strategische FTI-Politik in Europa und wie können wir Österreich auf europäischer Ebene positionieren?**

Europa befindet sich im Wettkampf gegen die USA und China und verliert derzeit an Bevölkerung, Wirtschaftskraft und Innovationskapazität. Es ist daher richtig und wichtig, dass wir mit Horizon das weltweit größte Forschungsprogramm auflegen, und gleichzeitig ist es wichtig, die Mitgliedstaaten nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen. So gut kann Horizon gar nicht dotiert werden, um das auszugleichen, was die Mitgliedstaaten verabsäumen. Vier Staaten in der EU übertreffen die Forschungsquote von 3% des BIP, aber sieben Staaten liegen unter einem Prozent. Wenn wir Europa im globalen Wettbewerb stärken wollen, dann müssen wir alle mehr investieren, den Wettbewerb um Forschungsgelder stärken, teure Infrastrukturen gemeinsam betreiben und die Schrebergartenmentalität aufgeben.

**Wir haben in der österreichischen FTI-Landschaft viele Akteure – wie können wir robuste und innovative Ökosysteme bauen und den Technologietransfer sowie Gründungen stärken?**

Ich bin als Akademiepräsident Vertreter der Grundlagenforschung; wir forschen breit, unabhängig und ergebnisoffen. Forschende haben ein besseres Gefühl für gute Forschungsfragen als die ministerielle Bürokratie oder die politischen Berater. Mir ist trotz der Grundlagenorientierung der gesamte Forschungsbogen wichtig und ich lege Wert darauf, dass Forschung nicht zum Selbstzweck betrieben wird. Forschung muss auch vor dem Hintergrund der eingesetzten Steuergelder eine inhaltliche Legitimation erfahren: Wohin führt die Forschung, welcher gesellschaftliche Mehrwert wird damit erzielt, gibt es konkrete Anwendungsmöglichkeiten? Das sind Fragen, die wir intern immer wieder diskutieren. Die ÖAW ist übrigens jene außeruniversitäre Institution mit den

meisten Spin-offs, und wenn wir unser Fächerspektrum berücksichtigen, auch jene mit den meisten ERCs.

**Spitzenforschung findet in einem hochkompetitiven Umfeld statt. Welche Maßnahmen sind erforderlich, um für internationale Talente attraktiv zu sein und die besten Köpfe in Österreich zu halten?**

Es ist nicht nur das Gehalt, das intellektuelle Umfeld, und es sind nicht nur die Kooperationen mit den Universitäten und den forschungsstarken Unternehmen und nicht nur die Lebensqualität in dieser Republik – es ist alles zusammen. Wir sind ein Forschungsland und wir arbeiten auch an der ÖAW täglich daran, die Attraktivität des Forschungslands zu verbessern und die Botschaft nach außen zu tragen.

## NÄCHSTES EU-FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM AUS SICHT DER IV

Die Industriellenvereinigung hat ihre Positionen zum kommenden Forschungsrahmenprogramm der EU vorgelegt. Der Input fließt in eine Gesamtpositionierung Österreichs.

Auf EU- und Mitgliedstaatenebene laufen die Debatten zu einem neuen EU-Forschungsrahmenprogramm immer intensiver. Die Empfehlungen der von der EU-Kommission eingesetzten High Level Expert Group zu FP10 werden demnächst veröffentlicht. Die IV hat ihre erste Positionierung eingebracht, die sie über die neu aufgesetzte IV-„EU Task Force FTI“ erarbeitet hat. Der Input der IV fließt in eine Gesamtpositionierung Österreichs, die durch das entsprechende Ressort des BMBWF koordiniert wird.

### AUSGEWÄHLTE SCHLÜSSELPRIORITÄTEN DER IV FÜR DAS FP10:

- Die IV fordert ein schlagkräftiges und von anderen Initiativen klar abgegrenztes Budget von mindestens 200 Mrd. Euro und eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche.
- Das EU-Forschungsrahmenprogramm stärkt nicht nur für Europa, sondern auch in Österreich exzellente europäische Spitzenforschung und transnationale Kollaboration und hat daher enorme strategische Relevanz. Dies stellt einen wichtigen Wettbewerbsvorteil für EU-FTI-Ökosysteme gegenüber globalen Mitbewerbern dar. Wie seine Vorgänger muss FP10 daher Bereiche für angewandte und transnationale kollaborative Forschung und Entwicklung stärken, die fast ausschließlich in der derzeitigen zweiten Säule des Programms stattfinden.
- Öffentlich-private FTI-Partnerschaften sind zentral für die Umsetzung von strategisch-langfristigen F&E-Agenden und haben einen starken Hebel für die Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien, für die Bewältigung globaler Herausforderungen und die Weiterentwicklung der Industrie. Sie sollten ein klarer Schwerpunkt von FP10 sein.
- Es braucht einen stärkeren proaktiven Austausch mit der Industrie, nicht zuletzt aus strategischem Interesse für Europa. Um der hohen strategischen Bedeutung der kollaborativen Forschung und Entwicklung im FP gerecht zu werden, sollte ein industriegeführtes High-Level-Board für „Industrial Competitiveness and Technology Development“ für die zweite Säule des FP eingerichtet werden.
- FP10 muss von einem ergebnisorientierten Ansatz und dem Kriterium der Exzellenz getragen werden.



## FÖRDERUNG VON MINT-REGIONEN AB 2025

MINT ist die Superkompetenz unserer Zeit. Sie ist nicht nur Grundvoraussetzung, um unsere immer komplexer werdende Welt verstehen zu können, sie eröffnet auch beste Karriereperspektiven und die Möglichkeit, die Lösungen für die großen gesellschaftlichen Probleme aktiv mitgestalten zu können.

Um mehr junge Menschen für den naturwissenschaftlich-technischen Bereich zu begeistern, bündeln Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Vereine und die kommunale Verwaltung seit 2023 ihre Kräfte in bereits 14 „MINT-Regionen“, einer Initiative, die von der IV gemeinsam mit dem BMBWF und in Kooperation mit der „MINTality“-Stiftung, dem OeAD und der aws ins Leben gerufen worden ist. Nun wurde ein Fördercall für ausgezeichnete MINT-Regionen über eine Mio. Euro aus den Mitteln des Fonds Zukunft Österreich angekündigt, um ab 2025 kooperative MINT-Projekte mit Fokus auf Chancengleichheit zu unterstützen.

Bereits jetzt und bis 20. Jänner 2025 ist die Bewerbung um das „MINT-Regionen“-Qualitätslabel möglich, das Voraussetzung für eine monetäre Projektförderung ist.

Weitere Informationen: [www.mint-regionen.at](http://www.mint-regionen.at).

# Weichenstellung für die Zukunft

*Der „Fahrplan der Industrie“ weist den Weg zu wichtigen wirtschaftspolitischen Stationen, die den Boden für den nächsten wirtschaftlichen Aufschwung bereiten.*

**D**as dritte Quartal 2022 markiert den Beginn einer konjunkturellen Abwärts-spirale in der österreichischen Industrie – und derzeit ist kaum Licht am Horizont erkennbar, wie die jüngste Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung bestätigt. Die Bruttowertschöpfung lag im zweiten Quartal real um mehr als drei Prozent unter jener des vergleichbaren Zeitraums des Jahres 2023. Für die zweite Jahreshälfte rechnen Ökonomen bestenfalls mit einer Stagnation. „Die anstehende Nationalratswahl wird für Österreich zu einer Weichenstellung: Nehmen wir die richtigen Abzweigungen, führen uns die nächsten Stationen in den Aufschwung“, sagt Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung. „Die gute Nachricht: Der richtige Fahrplan liegt am Tisch – jetzt geht es darum, sich möglichst schnell auf den Weg zu machen.“

Österreichs exportorientierter Industrie fehlt es derzeit an starken außenwirtschaftlichen Impulsen. Vom wichtigen deutschen Markt ist auf absehbare Zeit nicht mit solchen zu rechnen, aber auch aus Fernmärkten wie den USA oder China sind die Signale derzeit verhalten. Hinzu kommen stark gestiegene Kosten, die die Position am hart umkämpften Weltmarkt noch schwieriger gestalten: Die Lohnstückkosten sind im internationalen Vergleich zu hoch, die Energiepreise steigen wieder und die enorm gestiegenen Berichtspflichten haben die Bürokratie zu einem deutlich spürbaren Kostenfaktor werden lassen.

## Keine neuen Steuern

Die erste Weiche, die gestellt werden muss, ist für die Industriellenvereinigung klar: ein sofortiger Stopp für neue Belastungen. „Die im Wahlkampf mehrfach gewälzten neuen Steuerideen müssen sofort vom Tisch“, fordert Knill. „Allein die Diskussion über neue Steuern auf Eigentum und die Wiederbelebung zu Recht abgeschaffter Steuern schadet dem Standort bereits enorm.“ Österreich hat bereits jetzt eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten und damit kein Einnahmenproblem. Dass das vorhandene Steuergeld besser eingesetzt werden kann, sehen auch breite Teile der Bevölkerung so: Eine Befragung von Peter Hajek im Auftrag der Industriellenvereinigung und des Aktienforums ergab, dass 82 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher der Ansicht sind, dass für die Finanzierung von Kindergärten und Pflege keine neuen Steuern notwendig sind (Details zur Umfrage siehe Expertenmeinung auf Seite 4).

Die nächste Station am Fahrplan Richtung Aufschwung und Zukunft sind aus Sicht der Industrie breite Entlastungsmaßnahmen. Die hohe Steuer- und Abgabenquote von 43,2 Prozent muss bis 2030 kontinuierlich auf 40 Prozent gesenkt werden. Eine der wichtigsten Stellschrauben sind für die IV die Lohnnebenkosten: „Eine Senkung der Lohnnebenkosten ist ein Win-win: Sie würde den hohen Kostendruck der





Betriebe mildern und dafür sorgen, dass auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr Netto vom Brutto bleibt“, so der IV-Präsident.

#### Strukturreformen

Neben diesen unmittelbaren Nachjustierungen im Steuersystem braucht es laut Knill auch mutige Strukturreformen, um die angespannte Budgetsituation nachhaltig zu entlasten. „Für keinen anderen Politikbereich wird mehr aus dem Bundesbudget zugeschossen wie für die Pensionen – es sind dafür vier Mal so viel Mittel vorgesehen wie für Wissenschaft und Forschung“, mahnt Knill. Kurzfristig brauche es dringend eine Anhebung der Untergrenze des Korridor pensionsalters; langfristig eine laufende Anpassung des Pensionssystems an die gestiegene Lebenserwartung. Zwei Drittel der OECD-Staaten haben bereits ein Nachhaltigkeitssystem implementiert.

#### Industrial Deal

Eine weitere Weichenstellung ist in Sachen Green Deal notwendig: „Umwelt- und Industriepolitik hängen eng zusammen, das scheint in den vergangenen Jahren vor allem auf EU-Ebene übersehen worden zu sein. Die Industrie versteht die grüne Transformation als enorme Chance und es ist uns bewusst, dass wir an einem der stärksten Hebel für die Umsetzung sitzen. Dafür braucht es aber die richtigen Rahmenbedingungen und

keine einseitige, populistische Klimapolitik“, sagt Knill. Der Green Deal müsse neu gedacht werden und als technologieoffener, wettbewerbsfähiger Industrial Deal sowie als echter Wachstumsdeal gelebt werden.

#### Weniger Bürokratie

Um Berichts- und Meldepflichten für Unternehmen zu reduzieren, gibt es viele kleine Schrauben, an denen gedreht werden muss – „dabei geht es um Maßnahmen wie Einheitlichkeit bei der Auslegung der EU-Berichterstattung oder auch die Durchsetzung des Once-Only-Prinzips. Aber auch schon kleinere Schritte wie die Möglichkeit, die Unterlagen auf Englisch einzureichen, sei es zum Firmenbuch oder auch das Führen der Bücher und Aufzeichnungen im Bereich des Steuerrechts, wären eine wesentliche Erleichterung“, erklärt der IV-Präsident.

Dieser „Fahrplan der Industrie“ habe das Zeug dazu, Österreich aus der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu geleiten und den richtigen Rahmen zu schaffen, um kommende Wachstumsimpulse bestmöglich nutzen zu können. „Wenn es dann noch gelingt, die EU-Pläne zur Stärkung des Binnenmarkts umzusetzen und Partnerschaften mit dynamischen Wirtschaftsräumen in anderen Weltregionen umzusetzen, wäre der Boden für einen Aufschwung gut aufbereitet“, so Knill abschließend.



# Industrie setzt auf konsensorientierte Bildungsreformen

Im Haus der Industrie diskutierten die Bildungssprecher der Parlamentsparteien über die Zukunft des Bildungssystems in Österreich. Dabei ging es um konkrete Lösungsansätze.

Anfang September kamen die Bildungssprecherinnen und Bildungssprecher aller Parlamentsparteien im Haus der Industrie zusammen, um über die Zukunft des österreichischen Bildungssystems zu diskutieren. Unter dem Titel „Bildung: Das Fundament für einen starken Wirtschaftsstandort! Lösungen finden. Konsens schaffen. Zukunft gestalten“ präsentierten die Parteienvertreterinnen und Parteienvertreter konkrete Lösungsansätze für die Herausforderungen im österreichischen Bildungssystem.

## Mutige Reformen

Aus Sicht der IV ist klar, dass mutige Reformen in der künftigen Legislaturperiode dringend notwendig sind, um das Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe nachhaltig zu stärken und somit die Grundlage für eine zukunftsfähige Gesellschaft und Wirtschaft zu legen. Beste Bildung ist zentral für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft.

## Konsens über Bildungsziele notwendig

Die Industriellenvereinigung brachte drei wesentliche Forderungen vor, die als Grundlage für die Diskussion dienen:

### 1. Einführung eines bundesweiten Qualitätsrahmengesetzes für die Elementarbildung:

Um allen Kindern in Österreich die gleichen Startchancen zu ermöglichen, ist ein einheitliches Gesetz notwendig, das klare Rahmenbedingungen für die Arbeitsbedingungen, die Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Bildungsziele in der frühkindlichen Bildung festlegt. Dies soll dazu beitragen, soziale Ungleichheiten abzubauen und ein starkes Fundament für den Bildungserfolg jedes Kindes zu schaffen.

### 2. Stärkung der Grundbildung durch eine Bildungspflicht bis zur achten Schulstufe:

Die IV setzt sich für die Einführung einer Bildungspflicht ein, die alle Schülerinnen und Schüler mit den notwendigen praxisbezogenen Grundkompetenzen in Deutsch, Mathematik und Englisch ausstattet. Besonders wichtig ist der Fokus auf lebensnahe Wirtschaftsbildung, die die Schülerinnen und Schüler ermächtigt, aktiv am wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Regelmäßige externe Schulleistungsbeurteilung soll sicherstellen, dass diese Bildungsziele konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden.

### 3. Förderung der Integration durch Bildung:

Der Bildungsbereich spielt eine entscheidende Rolle bei der Integration. Bereits im Kindergarten müssen Deutschkenntnisse und gemeinsame Werte vermittelt werden, um die Basis für eine erfolgreiche



V. l. n. r.: Christoph Neumayer (IV-Generalsekretär), Rudolf Taschner (ÖVP), Sibylle Hamann (Grüne), Petra Tänzler (SPÖ), Martina Künsberg Sarre (Neos), Hermann Brückl (FPÖ), Gudrun Feucht (IV-Bereichsleitungen Bildung und Gesellschaft), Manuela Raidl (Moderation)

Integration zu schaffen. Multiprofessionelle Teams, die Lehrkräfte in ihrer Arbeit unterstützen, sind dabei ebenso wichtig wie ein besserer Verteilungsschlüssel für Kinder mit Sprachdefiziten.

Industriellenvereinigung sieht sich dabei als Impulsgeber und hat ein umfassendes Bildungsprogramm „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ vorgelegt.

Aus Sicht der IV ist künftig ein strukturierter Bildungsdialog notwendig, der über Legislaturperioden hinausgeht und alle relevanten Stakeholder einbindet. Die

## WEBTIPP

Weiterführende Informationen:  
[www.beste-bildung.at](http://www.beste-bildung.at).

## Olympiade für die „klugen Köpfe“ der Zukunft

Die Industriellenvereinigung unterstützte wieder den Tag der Wissenschaftsolympiade, an dem Österreichs beste Schüler in den MINT-Disziplinen zusammenkommen.

Am 20. Juni fand wieder der Tag der Wissenschaftsolympiade statt, an dem die größten jungen Talente im MINT-Bereich zusammenkommen – mit Unterstützung der Industriellenvereinigung. Das Event hat sich zu einem wichtigen Ereignis im österreichischen Bildungskalender entwickelt und bringt die besten Schüler zusammen, die Österreich bei internationalen Olympiaden in Mathematik, Physik, Chemie, Informatik und Philosophie vertreten. Organisiert vom Bildungsministerium in Zusammenarbeit mit der Universität Wien zielt der Tag darauf ab, herausragende Talente in den MINT-Fächern und der Philosophie zu fördern und ihre Leistungen bekannter zu machen.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden die österreichischen Teams, die an den bevorstehenden internationalen Olympiaden teilnehmen, von Bildungsminister Martin Polaschek im BMBWF empfangen. Gudrun Feucht, Leiterin des

IV-Bereichs Bildung und Gesellschaft, betonte dabei die entscheidende Rolle der Wissenschaftsolympiaden für die Zukunft der österreichischen Wirtschaft, da sie die „klugen Köpfe“ hervorbringen, die notwendig sind, um zukünftige Herausforderungen zu meistern.

Die österreichischen Teilnehmer erzielten bei den Wissenschaftsolympiaden 2024 tatsächlich bemerkenswerte Erfolge: Bei der Mathematik-Olympiade in Großbritannien erreichte das Team mit 127 Punkten das beste Ergebnis seit 1991. Auch bei der Balkan-Physik-Olympiade und der Mädchen-Informatik-Olympiade wurden Medaillen errungen, darunter eine Goldmedaille in Informatik. Besonders hervorzuheben ist die Chemie-Olympiade in Saudi-Arabien, bei der alle österreichischen Teilnehmer Medaillen gewannen, darunter eine Goldmedaille. Diese Erfolge zeigen das hohe Niveau der österreichischen Talente und unterstreichen die hohe Bedeutung der Begabtenförderung.



Gudrun Feucht, IV-Bereichsleitungen Bildung und Gesellschaft und Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär



# Neue JI-Studie zum Pensionssystem

*Ergebnis: Dringender Reformbedarf bei den Pensionen.*

Eine aktuelle Studie von Eco Austria im Auftrag der Jungen Industrie analysiert die zukünftigen Herausforderungen des österreichischen Pensionssystems und unterstreicht die Dringlichkeit, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um die finanzielle Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Der demografische Wandel, insbesondere der Anstieg des Altersabhängigkeitsquotienten (Verhältnis zwischen Pensionisten und Erwerbstätigen), stellt das System vor erhebliche Herausforderungen. Bis 2060 wird erwartet, dass auf einen Pensionisten nur noch etwa zwei Erwerbstätige kommen, was die Ausgaben für Pensionen in die Höhe treiben und den finanziellen Druck auf den Staat erhöhen wird.

Die Studie betont, dass nicht nur die Pensionsausgaben, sondern auch die Kosten in anderen altersabhängigen Bereichen wie Gesundheit und Pflege steigen werden. Dies könnte die finanziellen Spielräume des Staats einschränken und die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gefährden. Es ist daher essenziell, Maßnahmen zu priorisieren, die sowohl die Zukunftsfähigkeit des Pensionssystems stärken als auch die Belastung des Einkommens ausgleichen.

Um den Herausforderungen zu begegnen, arbeitet die Studie mehrere Reformansätze aus. Eine zentrale Empfehlung ist die schrittweise Erhöhung des Pensionsantrittsalters. Diese Maßnahme würde nicht nur die Nachhaltigkeit des Pensionssystems verbessern, sondern auch dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenwirken. Allerdings sind begleitende Maßnahmen mitzudenken, um den Übergang für ältere Arbeitnehmer zu erleichtern, etwa flexible Arbeitszeitmodelle sowie ein altersgerechtes Arbeitsumfeld. Diese sollen aber, wie die OECD argumentiert, nicht so gestaltet

sein, dass sie erst recht zu einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben führen.

Darüber hinaus wird eine Reduktion der Neuzugänge in Invaliditätspensionen durch präventive Gesundheitsmaßnahmen empfohlen. Ein weiterer Ansatz zur Stabilisierung des Systems ist die Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge: Steuerliche Anreize könnten dazu beitragen, die Attraktivität dieser Vorsorgeformen zu steigern, und somit den Druck auf das staatliche Pensionssystem verringern.

Abschließend spricht sich die Analyse dafür aus, dass insbesondere Maßnahmen zu unterlassen sind, die die Ausgabedynamik des Systems weiter verstärken. Dabei wird der Pensionserhöhungsautomatismus angesprochen, der jährlich die Ausgaben für Pensionen an die Inflation anpasst und somit weiter erhöht.

Insgesamt zeigt die Studie klar auf, dass die Herausforderungen des österreichischen Pensionssystems nur durch eine Kombination aus Reformen und strategischer Planung bewältigt werden können. Eine rechtzeitige Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen ist entscheidend, um die langfristige Sicherung des Lebensstandards im Alter zu gewährleisten und die finanziellen Belastungen für kommende Generationen zu minimieren.

Die gesamte Studie zum Nachlesen finden Sie hier:



# Erfolgreicher JI-Jungunternehmertag in Graz

*Zum ersten Mal fand ein bundesweiter Jungunternehmertag statt, bei dem sich alles um Unternehmertum drehte.*

Am 29. August 2024 trafen sich junge Unternehmerinnen und Unternehmer aus ganz Österreich in Graz zum ersten Jungunternehmertag der Jungen Industrie. Der Tag begann mit einer inspirierenden Keynote von Karl Rose, der spannende Einblicke in die „Zukunft der Energiewende“ gab. Anschließend konnten die Teilnehmenden in verschiedenen Workshops ihr Wissen vertiefen. Besonders beliebt waren Themen wie „AI Use Cases in Business“ mit Isabella Nowotny-Hengl sowie „Kraft der Marke“ mit Florian Rock und Lukas Schwering, die praxisnahe Einblicke und wertvolle Strategien boten.



Nach einem gemeinsamen Mittagessen, das Raum für Networking bot, folgten weitere Workshops, unter anderem zu „Commercial Excellence“ von Constantin Krenn und Ursina Müller und „Mitarbeiterbeteiligung & FlexKap“ mit Martin Mertel und Angelika Kurz. Ein Highlight war das Kamingespräch mit Alfred Marchler von der ZETA Holding, das mit persönlichen Einblicken und praxisnahen Tipps für reges Interesse sorgte.

Der Tag fand seinen Abschluss in einem gemütlichen Abendessen im Café Promenade, wo die Teilnehmenden den Tag in entspannter Atmosphäre ausklingen ließen und neue Kontakte knüpfen konnten. Der Jungunternehmertag 2024 war somit ein voller Erfolg und bot eine ideale Plattform für Weiterbildung und Vernetzung!



## WUNSCH ANS CHRISTKIND ...

*... oder an die nächste (vernünftige) Bundesregierung.*

Meine Weihnachtswünsche möchte ich dieses Jahr einmal etwas verfrüht loswerden: Ende September ist (wieder mal) Zeit der Weichenstellung – diesmal für das „gelobte“ Österreich. Die Aussichten sind eher trist, das Land steht vor einer weiteren Zersplitterung zwischen links und rechts.

Dabei steht fast nur mehr Ideologie im Vordergrund. Ein sachlicher Austausch ist kaum mehr möglich. Auf der Strecke bleiben vernünftige, langfristige Reformen und Entlastungen für die arbeitenden Menschen sowie die Wirtschaft. Schaut man sich die Wahlprogramme an, entdeckt man eigentlich nur Kosten und Ausgaben – Effizienzreformen oder Gegenfinanzierungen sind scheinbar gerade out.

Dabei brauchen wir das dringend. Neben einer gezielten, langfristigen Pensionsreform müssen wir das Geld gezielt und vor allem zukunftsgerichtet einsetzen. Wo bleibt die Idee eines österreichischen Staatsfonds, der sich unabhängig von Wahlperioden Gedanken macht, wie wir unser Geld als gesamter Staat vermehren können? Der strategisch in Forschung, Entwicklung oder Bildung investiert? Sich um echte Digitalisierung kümmert und praxistaugliche KI-Projekte fördert? Oder sinnvoll visionäre Startups finanziert, damit auch endlich (neue) österreichische Unternehmen bei den Top-Playern weltweit mitspielen können? Was ich vermisst, ist eine Vision für Österreich: Wie wollen wir junge Menschen motivieren, zur Wahl zu gehen, wenn sie nur mit Problemen konfrontiert werden und niemand eine Idee von Österreich in der Zukunft hat?

„Man kann ja noch träumen“ – vielleicht kratzt der Standort Österreich noch die Kurve und erkennt rechtzeitig, dass Unternehmen immer mehr abwandern. Eventuell erkennt ein Politiker, dass uns die USA und China schon lange abgehängt haben, was Innovationskraft und Investitionsfreude betrifft. Auch Indien ist drauf und dran, Europa zu überholen. Uns bleibt übrig zu wünschen, dass wir aufhören, uns mit uns selbst zu beschäftigen, und uns mutig den Herausforderungen stellen, die wir uns in den letzten Jahrzehnten selbst eingebrockt haben.

Wird schon werden!

Julia Aichhorn,  
Bundvorsitzende der Jungen Industrie



# Knapp ein Viertel der Kärntner Betriebe rechnet mit dem Abbau von Mitarbeitern

Die jüngste Konjunkturumfrage unter den Kärntner Industrieunternehmen ist ernüchternd: Bereits knapp ein Viertel der Betriebe geht für die kommenden drei Monate von abnehmenden Beschäftigtenzahlen aus. Die Wirtschaft stagniert weiterhin, ein Aufschwung ist für 2024 nicht in Sicht. Es braucht dringend Reformen, um aus dem SOS-Industriestandort wieder einen zu machen, der zukunftsfit ist.

**6** 1 Industriebetriebe mit rund 22.000 Beschäftigten haben im zweiten Quartal 2024 an der Konjunkturumfrage der IV-Kärnten teilgenommen. Sie untermauert den bundesweiten Trend: „Grund zur Sorge gibt vor allem die Tatsache, dass mittlerweile schon 23 Prozent der Unternehmen angeben, dass sie für die kommenden Monate von einem abnehmenden Beschäftigtenstand ausgehen“, sagt Timo Springer, Präsident der Industriellenvereinigung Kärnten. Kein einziges der 61 befragten Unternehmen habe angegeben, Mitarbeiter aufbauen zu wollen; wohl auch deshalb, weil der ursprünglich für Herbst erwartete zumindest leichte Aufschwung ausbleiben wird. Springer: „Ein grundlegender konjunktureller Umschwung zum Besseren ist derzeit nicht in Sicht.“

## Geschäftslage und Ertragssituation

„Die Wirtschaft stagniert weiter, das zeigt sich deutlich in der Beurteilung der Betriebe von Geschäftslage, Ertragssituation und Auftragsbestand“, sagt Claudia Mischensky, Geschäftsführerin der IV-Kärnten. 78 Prozent der Kärntner Unternehmen gehen in sechs Monaten von einer durchschnittlichen Geschäftslage aus, zehn Prozent von einer schlechten. Ein ähnliches Bild liefert

die Einschätzung der Ertragssituation: 80 Prozent der Betriebe glauben, dass diese in den nächsten Monaten maximal durchschnittlich sein wird, 18 Prozent gehen sogar von einer schlechten Ertragslage aus. Einzig die Entwicklung der Auslandsaufträge wird etwas positiver eingeschätzt: 20 Prozent beurteilen sie als gut. Gleichzeitig sind sich die Unternehmen in Hinblick auf künftige Aufträge bewusst, wie wichtig es ist, Mitarbeiter zu halten; das planen laut Umfrage immerhin noch 77 Prozent. Denn auch der Fachkräftemangel ist ein Thema, das die Industriebetriebe in den nächsten Jahren begleiten wird, so Mischensky.

## SOS für die Wettbewerbsfähigkeit

Um international wettbewerbsfähig zu bleiben bzw. die ohnehin schon angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit Österreichs auf Reparaturkurs zu bringen, müssen mehrere Schritte gesetzt werden. „Eine österreichweite Umfrage unter unseren Mitgliedern hat gezeigt, dass es mehrheitlich die hohen Kosten sind, die weitere Investitionen in den Standort Österreich hemmen. Allen voran geht es dabei um Lohnnebenkosten und Inflation, gefolgt von der hohen Steuer- und Abgabenlast sowie den Kosten für die Bürokratie. Mit einer Steuer- und Abgabenquote von 43,2 Prozent haben wir einen der höchsten Werte in der EU. Es muss deshalb unser Ziel sein, diese Quote durch einen konsequenten Abgabenreduktionspfad bis 2030 auf 40 Prozent zu senken. Und anstatt über neue Steuern nachzudenken, sollten wir uns auf Effizienz und Innovation konzentrieren. Wir brauchen einen Staat, der die Fleißigen entlastet und der es den arbeitenden Menschen ermöglicht, etwas aufzubauen“, fordert Springer. Um die künftige Regierung hier in die Pflicht zu nehmen, sei es erforderlich, verbindliche Ziele festzulegen.

## Diskussion über die Arbeitszeit

„Wir müssen bewusst Anreize für mehr

Arbeit setzen. Eine Debatte über Teilzeit- und Vollzeitarbeit ist unumgänglich. Aktuell arbeiten 30 Prozent der Beschäftigten in Österreich in Teilzeit. Das ist die zweithöchste Quote in der EU; und leider bevorzugt unser Steuersystem derzeit Teilzeitarbeit“, sagt Mischensky. Es brauche daher dringend eine Abflachung der Steuerprogression und die Einführung eines Vollzeitbonus, um die entsprechenden Anreize zu schaffen.

In Kärnten bereitet der vom Landesrechnungshof stark kritisierte Rechnungsabschluss 2023 Sorgen. Die Schulden liegen bei 3,8 Milliarden Euro, das sind um knapp 250 Millionen Euro mehr als im Jahr 2022. „Um tatsächlich Einsparungspotenziale zu erreichen, müssen auch größere Einschnitte in Angriff genommen werden“, fordert Springer. Wichtig für die

Industrie seien außerdem Verfahrensbeschleunigungen auch auf Landesebene. In dem Zusammenhang sei das gerade erst beschlossene Energiewendegesetz hervorzuheben, das wesentlich zur Entwicklung des Industriestandorts beitrage. „Die Änderung der Gesetzgebung war Teil der Forderungen der Industriellenvereinigung in dem 20-Punkte-Programm, das im Vorjahr nach der Landtagswahl vorgestellt wurde“, sagt Mischensky. Ein weiterer positiver Ansatz: Auf Initiative von Wirtschaftsreferent Sebastian Schuschnigg und Landeshauptmann Peter Kaiser wurde begleitet von der Wirtschaftsombudsstelle ein „Entbürokratisierungsprozess“ in der Landesverwaltung gestartet, bei dem auch der Input seitens der Industrieunternehmen eine Rolle spielen wird und Maßnahmenvorschläge berücksichtigt werden sollen.

## Kärntner Industriekonjunktur im zweiten Quartal 2024 und Ausblick auf die kommenden sechs Monate

Angaben in Prozent der befragten Betriebe, gewichtet nach Beschäftigten  
Befragungszeitraum: 7.6.2024 – 4.7.2024, 61 Firmen/22.365 Beschäftigte

	gut	durchschnittlich	schlecht
<b>Geschäftslage derzeit</b>	17	63	20
<b>Geschäftslage in 6 Monaten</b>	12	78	10
<b>Auftragsbestand derzeit</b>	17	63	20
<b>Auslandsaufträge</b>	20	70	10
<b>Ertragssituation derzeit</b>	5	46	49
<b>Ertragssituation in 6 Monaten</b>	2	80	18
	steigend	gleichbleibend	abnehmend
<b>Beschäftigte in 3 Monaten</b>	17	63	20
<b>Produktion in 3 Monaten</b>	12	78	10
<b>Verkaufspreise in 3 Monaten</b>	17	63	20



## SPANNENDER TAG FÜR DIE JUNGE INDUSTRIE BEI OMYA UND AM KIRCHTAG

Ende Juli hatten die Mitglieder der Jungen Industrie Kärnten sowie die Kollegen der italienischen Jungunternehmergruppe Confindustria Udine die großartige Gelegenheit, im Rahmen der langjährigen CYMAA-Kooperation (Cooperation of Young Manufacturers Alpe Adria) das Werk der Omya GmbH in Gummern zu besichtigen. Omya ist der führende Anbieter von Industriematerialien auf Basis von Calciumcarbonat und Dolomit in Österreich und Distributor von chemischen Produkten. Mit acht Standorten in fünf Bundesländern ist Omya nah an den Märkten und Kunden. So kann rasch auf Anfragen reagiert werden und können Lieferzeiten reduziert werden.

Empfangen wurde die Gruppe von Werksleiter Reinhard Toferer. Der beeindruckende Betriebsbesuch umfasste die Präsentation des Unternehmens, die Besichtigung des Steinbruchs, wo das Material nach der Methode „drill and blast“ abgebaut wird, sowie die Erläuterung der komplexen Prozessschritte – von der Rohstoffgewinnung bis hin zur Qualitätssicherung im hauseigenen Labor. Im Anschluss an die tiefen Einblicke in die Welt von Omya ging es weiter zum 79. Villacher Kirchtag, wo sich jede Menge Gelegenheit zum Netzwerken bot. Ein herzliches Dankeschön an Omya für die Gastfreundschaft und an alle Beteiligten für einen unvergesslichen Tag!





## JUNGE MITARBEITER AUS DER INDUSTRIE ZEIGEN EINSATZ

Im Rahmen der Engagementtage von „Verantwortung zeigen!“ waren junge Mitarbeiter aus Kärntner Industrieunternehmen in sozialen Einrichtungen im Einsatz. Auch die Junge Industrie zeigt Verantwortung.

„Verantwortung zeigen!“ ist eine Initiative, die Unternehmen, Institutionen und Organisationen verbindet, die sich für nachhaltiges Wirtschaften einsetzen und so dazu beitragen, dass Wirtschaft und Gesellschaft gut verbunden bleiben. Landesweite Aktionen stärken den sozialen Zusammenhalt, Veranstaltungen und Projekte verbinden Führungskräfte in ihrem Engagement für soziale und ökologische Themen, für Menschlichkeit im Unternehmen und für langfristige Perspektiven. Auch die Industriellenvereinigung Kärnten hat ihre Mitgliedsbetriebe im Rahmen der Engagementtage von „Verantwortung zeigen!“ zu etwas anderen Ausbildungs- und Einsatztagen eingeladen: Eine große Runde von Lehrlingen von Industriebetriebe Geislinger GmbH, P&G und Springer Maschinenfabrik war einen Tag lang gemeinsam in der Tagesstätte „Vier Jahreszeiten“ in Lieserbrücke zu Gast. Es galt, einen großen Garten unter tatkräftigem Einsatz auf Vordermann zu bringen. Die engagierten jungen Damen und Herren aus den Industriebetrieben und ihre Ausbilder haben Hecken geschnitten, einen kniehohen Rasen gemäht, Tröge und Beete von Unkraut befreit und die Hochbeete gesäubert. Der Lohn: eine tolle Abwechslung zum Ausbildungsalltag und neue Perspektiven und Zugänge im Sozialbereich und im zwischenmenschlichen Zusammenarbeiten.

Eine Erfahrung, die auch junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von FunderMax, Flex und auch wieder von der Springer Maschinenfabrik im Rahmen eines sportlichen Picknicks machen durften. Dieses war nämlich der Wunsch der jungen Männer vom Projekt Hera der Diakonie de La Tour in Har-

bach. Hera bildet junge Männer mit Migrationshintergrund zu Vorbildern gegen Gewalt aus, damit diese ihr Wissen in Workshops und an Schulen weitergeben. Der sportliche Engagementtag im großen Garten der Diakonie de La Tour in Harbach war eine Gelegenheit für die jungen Burschen und Mädchen, sich in Fußball, Volleyball und anderen sportlichen Bewerben zu messen und in entspannter Atmosphäre bei Gegrilltem ihre Sichtweisen auf das soziale Miteinander auszutauschen.

### Jl-Kärnten bei Engagementtagen

Verantwortung gezeigt hat außerdem die Junge Industrie Kärnten: Ein zehnköpfiges Team war im Rahmen der Engagementtage 2024 in der WG Sunshine ausgerüstet mit Werkzeugkasten, Griller und Co hilfreicher Gast. Nachdem vormittags ein Hochbeet aufgestellt, befüllt und bepflanzt wurde, bereitete das Team mittags ein Straßenfest vor.



# Gemeinsam gegen den Klimawandel

„Building Bridges“, das beliebte Austauschformat von Industrie und Startups, stand diesmal ganz im Zeichen eines Appells für mehr Zusammenarbeit in Richtung einer nachhaltigen Zukunft.

Seit dem Jahr 2020 treffen sich etablierte Industriebetriebe und Startups online bei „Building Bridges“, einer vom „build!“-Gründerzentrum und der IV-Kärnten initiierten Veranstaltungsreihe zum Ausloten von möglichen Kooperationen. Herbert Tanner von Siemens Österreich brachte die Perspektive seines Großunternehmens ein – als passionierter Bergsteiger sehe er die negativen Folgen des Klimawandels, jeder sei gefordert, etwas dagegen zu tun. Es brauche die Zusammenarbeit von kleinen und großen Unternehmen: Die Großen würden von den guten Ideen der Kleinen profitieren, die Kleinen wiederum von der Infrastruktur der Großen. Siemens etwa könne konkret Fachwissen, Softwaretools und einen internationalen Marketplace bieten.

Der weltweit tätige Elektronik- und Software-Riese hat dafür die digitale Businessplattform „Siemens Xcelerator“ ins Leben gerufen, die eine zentrale Anlaufstelle bildet, um die Zusammenarbeit, Diskussion und Innovation zwischen Kunden, Partnern und Siemens-Mitarbeitern zu fördern. Das „Siemens Xcelerator“-Ökosystem dient als offenes

Forum, um die neuesten Branchentrends zu erkunden, Peer-to-Peer-Einblicke zu erhalten und vertrauenswürdige Verbindungen innerhalb des Benutzernetzwerks herzustellen. Zugleich ist der „Siemens Xcelerator“ offen für neue Angebote und Co-Creation. Aktuell sind auf „Siemens Xcelerator“ rund 646 Produkte und Lösungen von Siemens und anderen Anbietern zu finden; das Ökosystem besteht aus 246 Partnern und wächst kontinuierlich weiter. In Österreich wurde der Biopharma-Generalplaner und -unternehmer ZETA als erster „Siemens Xcelerator“-Partner zertifiziert. Konkret würde sich Tanner spannende Startups aus dem Bereich des Kunststoffrecyclings wünschen, da Siemens hier einen Schwerpunkt in Österreich habe; aber man sei natürlich in alle Richtungen offen.

### Schluss mit dem Schlüsselsalat

Bei „Building Bridges“ präsentierten sich auch zwei Startups: Smartlock, das mittels Near Field Communication elektronische Schlösser auch an unzugänglichen Orten umsetzen will, und AGW-IT, bei dem es um Zertifikatsmanagement bei Dokumenten mittels Blockchain geht.



## ZUHÖREN UND RASCH UMSETZEN

Die neue Bundesregierung muss Versäumtes in Angriff nehmen, um dem Standort Stabilität zu geben.

Sicherheit und Stabilität: Das sind die Rahmenbedingungen, welche die Industrie am dringendsten braucht. Politische Ungewissheit ist das, was uns Unternehmerinnen und Unternehmer verunsichert, weil es im alltäglichen Handeln ja vor allem um Planungssicherheit geht. Umso wichtiger wird es sein, dass es nach der Wahl am 29. September zu einer raschen Regierungsbildung kommt, damit die Betriebe sich ungefähr darauf einstellen können, in welche Richtung sich das Land bewegen wird. Als IV versuchen wir, in gutem Austausch mit allen Parteien zu stehen, und bewerten die Wahlprogramme der einzelnen kandidierenden Parteien insbesondere im Hinblick auf die standortpolitische Ausrichtung. Denn das ist es, worum es gehen wird: den Standort Österreich wieder wettbewerbsfähiger zu machen. Daran muss die neue Regierung – in welcher Konstellation auch immer – rasch und mit aller Kraft arbeiten.

Die Ausgangssituation, wie wir sie jetzt haben, ist alles andere als ideal: Die Arbeits- und Energiekosten sind im Vergleich zu anderen EU-Ländern viel zu hoch, die massive Überregulierung wirkt sich negativ auf den Standort aus – die Folge ist eine schon spürbare schleichende Abwanderung von Investitionen in andere Länder. Beim Thema Energie geht es nicht nur um die physische Versorgungssicherheit, sondern auch um die Verfügbarkeit von leistbarer Energie; denn die exportorientierte österreichische Volkswirtschaft steht in einem starken internationalen Wettbewerb. Der Weltmarkt bestimmt den Preis – ist ein Produktionsstandort wegen zu hoher Energiekosten nicht mehr wettbewerbsfähig, droht eine Verlagerung der Produktion ins Ausland, und das führt zum Verlust von Wohlstand und Beschäftigung in Österreich. Es gibt viele konkrete Vorschläge, wie es gehen kann, die seitens der IV schon oft vorgebracht wurden. Die neue Regierung wäre gut beraten, zuzuhören und im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit schnell in die Umsetzung zu kommen.

Timo Springer,  
Präsident der IV-Kärnten



# Danieli auf Wachstumskurs in der metallverarbeitenden Industrie

Die Danieli Engineering & Services GmbH ist neu im IV-Netzwerk und hat sich als Kärntner Niederlassung des DANIELI-Konzerns als strategisches Logistik- und Kompetenzzentrum etabliert.

Die 1914 in Italien gegründete DANIELI-Gruppe zählt zu den weltweit führenden Herstellern von Maschinen und Anlagen für die metallverarbeitende Industrie. Mit einem breiten Portfolio an Technologien und maßgeschneiderten Lösungen für die gesamte metallurgische Prozesskette baut DANIELI u. a. Walzwerke, Stranggussanlagen sowie komplette Hochöfen.

Ein bedeutender Schritt in der Unternehmensgeschichte war die intensive Internationalisierung in den 2000er-Jahren. Zu dieser Zeit expandierte DANIELI mit Produktionsstätten vor allem in Asien und gründete je nach geografischem Marktgebiet auch eigene Serviceorganisationen. Von den mehr als 25 Geschäftsbereichen der DANIELI-Gruppe verzeichnete somit auch DANIELI SERVICE, zuständig für alle Aspekte der Ersatzteile und des Service, ein enormes Wachstum.

In der Konzernzentrale in Buttrio, Italien, stieß man bald an logistische Grenzen. Um den Anforderungen der Kunden dennoch gerecht zu werden, beschloss man, Teile von DANIELI SERVICE auszulagern. Völkermarkt erwies sich aufgrund seiner zentralen Lage zu den europäischen Märkten und der angemessenen Entfernung zur Zentrale als besonders attraktiv. Zudem punktete der Standort im Vergleich zu anderen Regionen mit geringem bürokratischem Aufwand.

So entstand 2008 die Danieli Engineering & Services GmbH als österreichische Niederlassung des Konzerns in Haimburg bei Völkermarkt. Auf dem 40.000 Quadratmeter großen Gelände verfügt der Standort über eine Lagerkapazität von über 2.500 Palettenplätzen, eine 2.000 m<sup>2</sup> große Fertigungs- und Montageabteilung sowie 1.400 m<sup>2</sup> für Büroräumlichkeiten.

Die Danieli Engineering & Services GmbH bedient sowohl den europäischen als auch den amerikanischen Markt. Dabei hat sich das Unternehmen auf die Pro-

duktion von Rollenführungen der Marke Morgårdshammar und ausgewählten Ersatzteilen spezialisiert und sich über die Jahre als strategisches Logistik- und Kompetenzzentrum etabliert. Das Unternehmen deckt alle Kundenbedürfnisse in Bezug auf Ersatzteile ab, angefangen von der Lieferung von Komponenten bis hin zur Organisation von Kommissionsware und regelmäßigen Schulungen für Kunden.

Um den steigenden Anforderungen an Effizienz und Qualität gerecht zu werden, wurden in den letzten Jahren umfangreiche Investitionen in die Produktions- und Logistikprozesse am Standort in Völkermarkt getätigt. Die Einführung innovativer Logistikkonzepte hat zu einer deutlichen Reduktion der Durchlaufzeiten geführt: Ein Mehrpaletten-Bearbeitungszentrum mit Schnellwechsellösungen, ein Roboter-Drehzentrum sowie die Implementierung eines automatisierten Lagersystems erhöhten die Kapazitäten in Bezug auf die Verfügbarkeit von Palettenplätzen und die tägliche Kommissionierung. Umstrukturierungen im Verpackungsbereich verbesserten die Leistung der Abteilung und reduzierten die Abfälle signifikant.

Darüber hinaus hat die Danieli Engineering & Services GmbH in die Verbesserung der internen Strukturen investiert: Als erstes Unternehmen innerhalb der Gruppe wird am Kärntner Standort seit 2022 das ERP-System SAP eingesetzt. Diese Umstellung ermöglicht eine effizientere Steuerung der betrieblichen Abläufe und trägt zur weiteren Optimierung der Geschäftsprozesse bei.

Mit diesen Investitionen sichert die Danieli Engineering & Services GmbH ihre Position als Logistik-Hub innerhalb der DANIELI-Gruppe. Mit derzeit ca. 100 Beschäftigten ist die Danieli Engineering & Services GmbH ein wichtiger Arbeitgeber in der Region und leistet einen maßgeblichen Beitrag zum Erfolg der gesamten Unternehmensgruppe.



Standort der Danieli Engineering & Services GmbH, Völkermarkt.



Automatisches Warehouse AUTOMHA.



Kernprodukt Rollerguide.

## RELEVANTE KENNZAHLEN

- 351 Kunden weltweit in 73 Ländern
- Hauptmärkte: Nord-, Süd- und Zentralamerika, West-, Süd- und Osteuropa
- 1,2 Millionen versandte Einzelteile pro Jahr
- Beschäftigte weltweit / Völkermarkt: 9.000 / 100
- Umsatz Wirtschaftsjahr 2023/2024: 99,29 Mio. €
- Exportquote: 97,41 %

## IN DIE WELT DER INDUSTRIE EINTAUCHEN

Am 4. Oktober 2024 können interessierte Besucher beim Tag der offenen Tür der Kärntner Industrie an 40 Standorten in die spannende Welt von Industriebetrieben unterschiedlichster Branchen eintauchen. Faszinierende Einblicke in die Welt des Maschinenbaus gewinnen, Führungen durch eine Freiflächen-PV-Anlage, den Klagenfurter Flughafen und Hightech-Produktionshallen oder den Besuch eines Fernheizkraftwerks erleben: Möglich wird das alles beim Tag der offenen Tür der Kärntner Industrie am 4. Oktober 2024. An 40 Industriestandorten in Kärnten öffnen 29 Unternehmen für einen Tag ihre Türen und bieten Besuchern die Möglichkeit,

innovative Technologien und modernste Arbeitsplätze hautnah zu erleben.

### Arbeitgeber kennenlernen

Die Betriebe informieren interessierte Besucher außerdem über ihre vielfältigen Ausbildungsangebote und Jobmöglichkeiten. Es ist eine einmalige Gelegenheit, sich vor Ort einen Eindruck von den in den teilnehmenden Unternehmen angebotenen Ausbildungsberufen zu verschaffen und potenzielle Arbeitgeber persönlich kennenzulernen. Die Betriebe in Kärnten, welche an diesem Tag besucht werden können, finden sich unter: [www.industrie-tag-kaernten.at](http://www.industrie-tag-kaernten.at).

INDUSTRIE KÄRNTEN

# TAG DER OFFENEN TÜR

DER KÄRNTNER INDUSTRIE

## 4. Oktober 2024

TEILNEHMENDE BETRIEBE

JETZT ANMELDEN